

# Was uns stark macht: Ideen, Vielfalt, Solidarität.

Zeitung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016  
für die Stadt Halle

## DIE LINKE.



### Gysi kommt

Wahlkampfabschluss am  
11. März, 16 Uhr, CinemaxX  
im Charlottencenter, Halle  
[www.dielinke-sachsen-anhalt.de](http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de)



### Post von Bodo Ramelow an Wulf Gallert

»Du willst das, und Du kannst  
das, davon bin ich fest  
überzeugt.« **Seite 2**

### Für eine starke Stadt Halle!

Unsere Kandidatinnen und  
Kandidaten. Unsere Ideen.  
Unsere Ziele. **Seite 3 bis 10**

## Ich kann. Ich will. Ich werde.

1963 in Havelberg geboren, dort aufgewachsen und der Stadt bis heute verbunden. In Magdeburg und Leipzig studiert, Lehrer geworden, später noch Politikwissenschaften in Magdeburg studiert, in Havelberg ein Jugendzentrum geleitet. Immer politisch gedacht und gehandelt, 1990 mit dem Satz »Jetzt erst recht« politisch aktiv geworden. Erfahrungen in der Kommunalpolitik in Havelberg und Stendal gesammelt und 1994 Landtagsabgeordneter der PDS geworden. Als Parlamentarischer Geschäftsführer acht Jahre lang das Magdeburger Modell mitgestaltet. Dabei gelernt, wie man einen politischen Interessensausgleich herstellt, millionenschwere Landeshaushalte verhandelt, Tabus bricht und an deren Stelle Neues setzt. 2004 Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE geworden. Op-

position so verstanden und ausgeübt: etwas für die Menschen im Land durchsetzen, ohne die Macht zu haben. Kluge und gute Vorschläge unterbreitet, die sich an den Bedürfnissen und Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger orientieren. Immer Politik für Menschen gemacht und für ein Land, das diesen Menschen mehr als Aufenthaltsort sein soll.

Dieser Mann will und kann Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt werden. Warum sollte man ihn wählen?

#### Weil er eine Idee hat

»Wir wollen im Land eine gute Lebensqualität für alle erreichen, die heute und in Zukunft hier leben wollen. Wir werden eine innovative Wirtschaft entwickeln, die durch gute Arbeit und Kreativität gekennzeichnet

ist. Wir werden soziale Gerechtigkeit herstellen und Vorreiter einer inklusiven Gesellschaft mit einem beispielhaften Bildungssystem sein. Wir werden für die Städte und die ländlichen Regionen eine Perspektive erarbeiten.«

#### Weil er Mut zur Umkehr hat

»Der Staat hat sich aus seiner Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge zurückgezogen, stattdessen einseitig auf schnelle Schuldentilgung orientiert. Wir werden den Abbau öffentlicher Leistungen stoppen und umkehren. Schrumpfungspolitik ist keine Lösung, weil sie die menschlichen und unternehmerischen Potenziale aus dem Land vertreibt. Auch für uns soll Neuverschuldung kein Thema sein. Aber einem Land, das in den vergangenen zehn Jahren nur zwei Prozent Wirtschafts-

wachstum aufweisen kann, fehlt es offensichtlich an Kompetenz. Wir können Wirtschaft und werden das unter Beweis stellen.«

#### Weil er klare Ansagen macht

»Wir beenden die Strategie des Billiglohnländes und werden uns für Flächentarife und Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben starkmachen und Gewerkschaften unterstützen. Wir stehen für Förderung des Wirtschaftsstandortes statt Subventionierung einzelner Unternehmen. Wir werden die Kommunen stärken, statt sie auszuhungern und am Gängelband zu führen. Wir wollen die Macht, um den Kommunen Gestaltungsspielraum zu geben.«

Wulf Gallert ist bereit für den politischen Wechsel. Und dieser politische Wechsel wird die Stagnation beenden.



### Hass aus Bequemlichkeit

Gespräch mit den Theatermachern Matthias Brenner und André Bückler über die Kraft des Widerstandes, den Wert von Kultur und den Umgang mit Menschen in Not. **Seite 11**



### Kurswechsel für gute Bildung!

Ein Plädoyer von  
Thomas Lippmann und  
Matthias Höhn. **Seite 12**

## Den Wirtschaftsstandort fördern!



Zwei Parlamentarische Untersuchungsausschüsse befassen sich zurzeit im Landtag mit fragwürdigen Praktiken bei der Vergabe von Fördermitteln. Eine der wesentlichen Ursachen für die Fördermittelskandale ist das Fehlen wirklicher Strategien, wohin sich unser Land entwickeln soll. DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt formuliert schon seit Jahren ihr politisches Ziel, den Wirtschaftsstandort zu fördern statt Unternehmen zu subventionieren.

Bei einem Gespräch, das ich kürzlich mit Unternehmern in Bitterfeld führte, brachte es der Inhaber von drei Einzelhandelsgeschäften auf den Punkt: »60 Prozent der vom Bund zur Verfügung gestellten Fördermittel flossen in den letzten Jahren an ganze 20 Antragsteller. Diese Fördermittel unterstützen die Großen, die in Konkurrenz zu den Kleineren stehen. Nehmen Sie lieber das ganze Geld und stecken es in eine kostenfreie Kinderbetreuung und Ausbil-

dung, dann haben wir alle mehr davon.« Sicher, Fördermittel lassen sich nicht einfach anders verwenden, aber die Botschaft ist: Ohne Bildungsgerechtigkeit, ohne ausreichendes Personal in der öffentlichen Verwaltung, in Schulen und bei der Polizei, ohne attraktive Kulturangebote, ohne öffentlichen Personennahverkehr, ohne Breitband wird sich die Wirtschaft Sachsen-Anhalts nicht vom Fleck bewegen.

Wulf Gallert

### PREISRÄTSEL

Eine Reise ins Europäische Parlament, ein Besuch des Deutschen Bundestages und ein Wochenende zu zweit in Thüringen zu gewinnen.  
**Letzte Seite**

**Argumente gegen Vorurteile**

**»Schule marode, Straßen kaputt, Schwimmbad geschlossen: Seit Jahren kein Geld in der Stadt, und jetzt sollen noch Flüchtlinge integriert werden?«**  
 Es stimmt, in vielen Städten und Gemeinden verrottet die öffentliche Infrastruktur. Seit Jahren wird nicht mehr ausreichend investiert. Doch das hat nichts mit den Flüchtlingen zu tun. Dass die Kassen vieler Kommunen leer sind, ist geradezu unvermeidlich, wenn Steuern für Reiche und Konzerne gesenkt werden und Steuerflucht nicht wirksam bekämpft wird. Wir sagen: Den Luxus, die wirklich Reichen nicht steuerlich an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen, können wir uns nicht länger leisten.

**»Die meisten fliehen gar nicht vor Krieg, sondern sind Wirtschaftsflüchtlinge, die es auf unsere Sozialleistungen abgesehen haben.«**  
 Nach wie vor sind Terror, Krieg, Verfolgung die häufigsten Fluchtursachen. Fluchtrouten sind meistens sehr gefährlich. Niemand nimmt dieses Risiko nur deshalb auf sich, um hier Sozialhilfe zu beziehen. Flüchtlinge aus den Balkanstaaten sind sehr häufig Sinti und Roma. Zu ihnen sagt der Europarat: »Sie leben in extremer Armut. Dinge, die andere Menschen für selbstverständlich halten, werden ihnen verweigert: Schul- oder Arztbesuch, Arbeit, angemessener Wohnraum.« Sie sind rassistischer Verfolgung ausgesetzt. Die Bundesregierung hat im Herbst weitere Balkanländer als sicher eingestuft, unter anderem den Kosovo. Der ist so sicher, dass dort noch immer die Bundeswehr vor Ort sein muss.

**»Flüchtlinge bekommen so viel Geld, dass sie sich sogar Smartphones leisten können.«**  
 Flüchtlinge erhalten nach der Erstaufnahme bis zum 15. Aufenthaltmonat mit 287 Euro deutlich weniger als Hartz IV. Handys werden häufig bereits mitgebracht und sind für Flüchtlinge kein Symbol für Wohlstand, sondern oft das einzige Mittel, um zum Beispiel mit der Familie zu Hause in Kontakt zu bleiben oder mit Familienmitgliedern, die auf der Flucht an unterschiedlichen Orten gestrandet sind.

**»Wer soll denn die Versorgung all der Flüchtlinge bezahlen?«**  
 Zehn Milliarden wird die Bundesregierung bis zum Ende des Jahres 2016 für Flüchtlingspolitik ausgeben. Rund 317 Milliarden Euro im Jahr betragen die Ausgaben der Bundesrepublik 2016 insgesamt. Gleichzeitig entgehen dem Staat jährlich rund 100 Milliarden Euro durch Steuerflucht. Eine Steuer auf Vermögen über 1 Million Euro würde den öffentlichen Kassen 80 Milliarden Euro Einnahmen bringen, damit wäre ein Sofortprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro finanzierbar.



**Europa muss helfen. Wir müssen helfen!**

Bevor die Menschen kamen, sah man die Bilder. Zehntausende Jesiden bangten im Sommer 2014 um ihr Leben und drohten, im Sindschar-Gebirge zu verdursteten und zu verhungern. Dschihadisten zerstörten die Stätten des Weltkulturerbes aus vorislamischer Zeit. Um die kurdische Stadt Kobanê begann ein erbitterter Kampf. Doch erst einen Sommer später erreichte der Krieg wirklich Europa. Mit der Zahl der Flüchtlinge werden die Verheerungen in Syrien und im Irak wirklich klar. Tausende sind jetzt auf gefährlichen Wegen auf der Flucht. Sie suchen endlich Sicherheit und einen friedlichen Alltag, nach Monaten oder gar Jahren in Flüchtlingslagern,

ohne Perspektive für ein neues Leben, ohne Schule für ihre Kinder, ohne die Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Europa muss helfen. Wir müssen helfen. Dies sehen zum Glück viele Menschen in Deutschland genauso. Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände leisten mit großem Engagement dringend notwendige Arbeit. Wir meinen aber auch, staatliche und ehrenamtliche Hilfe muss besser koordiniert werden. Statt aufwändiger »Asylgipfel« sollte eine »Ständige migrationspolitische Konferenz« eingerichtet werden, in der Fachleute und Ehrenamt, migrantische Selbstorganisationen und staatliche

Strukturen verzahnt werden. Gesellschaft verändert sich – auch durch Zuwanderung und auch in Sachsen-Anhalt. Erstmals seit vielen Jahren kommen mehr Menschen ins Land als fortgehen. Das ist durchaus eine Chance. Und die wollen wir nutzen. Die Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede und jeden. Willkommenskultur muss für alle da sein – wer als Asylbewerber ausgegrenzt wird, fühlt sich auch als Asylberechtigter nicht willkommen. Dezentrale Unterbringung in Wohnungen bleibt für uns ein wichtiges Ziel. In der momentanen Situation sollte dabei unser Augenmerk auf besonders Schutzbedürftige wie allein reisende Frauen und

Kinder gerichtet sein. Den Alltag der Geflüchteten wollen wir entbürokratisieren, dazu gehören die Einführung der Gesundheitskarte und Servicestellen für Integration in den kommunalen Verwaltungen. DIE LINKE steht an der Seite aller Mutigen und Engagierten und für eine Willkommenskultur. Rassistische Angriffe und Diskriminierung müssen konsequent verfolgt und geahndet werden. Gehen Sie wählen und verhindern Sie mit Ihrer Wahl den Einzug rassistischer und rechtspopulistischer Parteien in den Landtag! Angstmache und Vorurteile brauchen nicht auch noch die Bühne des Parlaments zu ihrer Verbreitung.



**Lieber Wulf,**

in ein paar Wochen wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Du bist im April 2015 von Deinem Landesverband als Ministerpräsidentenkandidat nominiert worden, und inzwischen läuft der Wahlkampf auf vollen Touren. Dein Terminkalender wird überquellen, der Tag ist eigentlich immer zu kurz, die Nacht sowieso. Wir kennen das beide, und wir wissen voneinander, dass wir die Kraft für solche Herausforderungen haben.

Übers Regieren muss ich Dir nichts erzählen, Du weißt, wie es ist, Verantwortung für die Entwicklung des Landes zu tragen. Das »Magdeburger Modell«, die Tolerierung einer SPD-geführten Minderheitsregierung durch die PDS, war 1994 für die einen eine Sensation, für die anderen ein Skandal. Die Zusammenarbeit hat acht Jahre lang gute Politik für Sachsen-Anhalt hervorgebracht. Und diese Zeit hat Dich nachhaltig geprägt.

Du weißt, regieren ist kein Selbstzweck, sondern es geht immer um konkrete Verbesserungen für die Menschen im Land. In Sachsen-Anhalt beginnt nun der Prozess, den wir in Thüringen bereits erfolgreich umgesetzt haben. Bevor unsere rot-rot-grüne Koalition die Arbeit aufgenommen hat, gab es vor allem in den Medien viele Debatten. Viele wollten uns erzählen, dass das nicht geht, etwas Neues anzufangen, weil noch nie ein Dreierbündnis erfolgreich regiert habe. Inzwischen haben wir erfolgreich das Gegenteil bewiesen. Rot-Rot-Grün in Thüringen hat gezeigt, dass unsere drei Parteien sehr

gut zusammenarbeiten können. Und bei allem Stolz auf unseren schönen Freistaat möchte ich behaupten: Was Thüringen kann, kann Sachsen-Anhalt auch!

Wir haben in Thüringen viele wichtige Reformprojekte umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Nach jahrelangen Debatten hat Thüringen endlich ein Bildungsfreistellungsgesetz, wir haben den Verfassungsschutz reformiert, solidarische Haushalte ohne neue Schulden aufgestellt und wie versprochen im ersten Jahr 500 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Auch Ihr habt vor, die Bildung zu stärken, schon zum Schuljahr 2016/17 mindestens 350 neue Lehrkräfte einzustellen und auf gar keinen Fall weitere Stellen abzubauen. Bildung ist eine richtige und wichtige Investition in die Zukunft, die sich auszahlt!

Lieber Wulf, Ministerpräsident ist kein Job wie jeder andere, man muss das leben. Du willst das, und Du kannst das, davon bin ich fest überzeugt.

**Dein Bodo Ramelow**

# »Halle braucht eine hörbare Stimme«

**Hendrik, »gibt Halle Gewicht« steht auf deinen Wahlplakaten. Wie ist das gemeint?**

Natürlich ist das ein bisschen selbstironisch. Ich könnte durchaus etwas Gewicht abgeben. Viel wichtiger aber ist, Halle eine hörbare Stimme in der Landespolitik zu geben. Darum geht es bei dieser Wahl.

**Warum kommt Halle im Land zu kurz?**

Es gab drastische Kürzungen in der Kulturförderung für Halle, und die Uni Halle hat immer noch den mit Abstand größten Brocken der Hochschulkürzungen zu stemmen. Zwischenzeitlich stand auch die Uniklinik auf der Abschlusliste. Drei Beispiele von vielen, bei denen wir als Opposition die starke Stimme aus Halle gegenüber der Regierung waren. Die CDU-geführte Koalition hat ihr Ding trotzdem durchgezogen.

**Als langjähriger hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE hast du immer wieder die Hochschu-**

**len verteidigt. Wie hat sich deine Rolle verändert?**

Als ich 2006 das erste Mal gewählt wurde, war ich ein Politikneuling. Heute weiß ich sehr gut, wie der Parlamentsbetrieb funktioniert. Ich übernehme Verantwortung und weiß, wie man Dinge umsetzt im Parlament. Die Hochschulpolitik ist ein Kernthema der Landespolitik, und die Regierung hat hier eklatant versagt. Es ist gut, dass es durch breiten gesellschaftlichen Protest gelungen ist, wenigstens das Schlimmste zu verhindern. Auch das ist ein Unterschied zu früher.

**Ist die Kuh vom Eis?**

Nein. Die Ideologie des Kaputtsparens lauert auf die nächste Gelegenheit.

**Wie würde Halle von einer linken Regierung profitieren?**

Unser Ziel ist es, die Kommunen wieder finanziell so auszustatten, dass sie von sich aus handeln können. Und wir wollen ihnen bei der Fördermittelvergabe

viel mehr Handlungsspielräume geben als jetzt. Macht erringen, um Macht abzugeben, ist unser Motto. Es geht außerdem darum, gerecht auf das Land zu schauen. In den großen Städten leben viele Menschen in Armut, auch viele Kinder. Wir bringen hier die größte Anzahl an Flüchtlingen unter. Das sind enorme Aufgaben, für die wir als LINKE die größte Kompetenz haben. Denn Bildung, soziale Gerechtigkeit und die vorbehaltlose Integration von Menschen, die zu uns kommen, sind Kernthemen der LINKEN.

**Du bist nun zum ersten Mal Direktkandidat in diesem Wahlkreis. Was bedeutet das für dich?**

Das ist eine große Verantwortung. Ich trete hier an, weil ich in Neustadt wohne. Ich weiß aber, dass der Wahlkreis viel größer ist. Er umfasst auch Heide-Nord, Nietleben, Dölau und Lettin. Das ist eine interessante Mischung.

**ERSTSTIMME: LINKS**

Im Wahlkreis: Neustadt, Heide-Nord, Dölau, Nietleben und Lettin



Wir werben um alle Bürgerinnen und Bürger, denen Bildung, gesellschaftlicher Ausgleich und Gerechtigkeit am Herzen liegen. Wenn wir unsere Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen gut ausstatten, profitiert die ganze Stadt.

**Was gefällt dir persönlich an Neustadt?**

Neustadt ist meine Heimat. Seit 1997 bin ich Neustädter. Zuerst habe ich in Scheibe A im Studentenwohnheim gewohnt, dann im Wohnheim am Zollrain. Heute habe ich eine sehr schöne Wohnung im Blumenviertel. Ich fühle mich hier unglaublich wohl. Ich mag das Zusammenleben der Menschen hier. Ich mag den modernen Baustil, und dank der Infrastruktur erreiche ich alles mit kurzen Wegen. Zugleich ist Neustadt unheimlich grün. Es strotzt vor Natur, das freut den Biologen in mir.

**Seit 2014 bist du Stadtratsvorsitzender in Halle, als erster LINKER. Ist das auch »Gewicht«, das du einbringen kannst?**

Es zeigt, dass DIE LINKE ernst genommen wird und man ihr auch eine große politische Verantwortung zutraut. Wir haben Gestaltungsanspruch, ohne den Blick für das Machbare zu verlieren. Das gilt in Halle und auch im Land.

**Halle steht vor großen Herausforderungen, besonders auch in deinem Wahlkreis. Ist das zu schaffen?**

Ja, aber nicht ohne große Anstrengungen in Politik und Gesellschaft. Das Engagement der vielen Bürgerinnen und Bürger, die jetzt schon mittun, ist großartig. Wir müssen dafür kämpfen, dass die sozialen Konflikte nicht zwischen den Schwächsten ausgetragen werden. Es geht um mehr Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich. Halle ist weit offen. Die wenigen Schreihälse stehen nicht für diese Stadt. Man darf aber trotzdem nicht die Stellen aus den Augen verlieren, an denen die Situation kippen könnte. Hier müssen staatliche Strukturen schwerpunktmäßig Arbeit leisten.

**Was passiert schon und was noch nicht?**

Ich will hier ein paar Beispiele aus meinem Wahlkreis nennen.

Die Schulen am Campus Kastanienallee leisten hervorragende Integrationsarbeit, genauso wie die Grüne Villa in Neustadt, ein theaterpädagogisches Projekt. Für solche Projekte muss sich das Land stärker engagieren. Ein anderes Beispiel, wo Politik wirklich anpacken muss, ist die Heideschule in Heide-Nord. Das Gebäude ist miserabel, und es gibt dort dringenden Bedarf nach Schulsozialarbeit. Da ist sie nicht die einzige Schule, aber eine, wo der Mangel besonders dramatisch ist. Ich kenne die Problemlagen hier in Halle und werde mich im Land für Lösungen starkmachen.



**Hendrik Lange**

Geboren 1977 in Quedlinburg, Biologiestudium in Halle, seit 2006 Landtagsabgeordneter.

**Was ist deine heimliche Leidenschaft?** Musik hören und mitsingen.

**Was ist dein Lieblingsplatz in Halle?** Die Weinbergwiesen zwischen Heide-Süd und Neustadt.

**Wen würdest du für den Nobelpreis vorschlagen?** Edward Snowden.

**Welche deiner Visionen lässt sich innerhalb der nächsten fünf Jahre erfüllen?** Dass Bildung und Kultur auskömmlich finanziert werden.

**Welcher deiner Träume wird vermutlich unerfüllbar bleiben?** Auf dem Mond spazieren zu gehen.

**Für welchen hast du die Hoffnung noch nicht aufgegeben?** Dass es eine sozial gerechte, tolerante Gesellschaft in Freiheit gibt.

**Was wird Halle in zwanzig Jahren sein?** Eine Stadt der Vielfalt, der Kultur und der Bildung.



## »Linke Mehrheit in Berlin rückt näher«

Petra Sitte aus Halle, Abgeordnete und Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, wirbt für den Regierungswechsel in Sachsen-Anhalt.

### Was erwartest du von der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt?

Ich erwarte frischen Wind für unser Land. So wie Bodo Ramelow in Thüringen erfolgreich eine neue, linke Politik verfolgt, könnte Wulf Gallert diesen modernen Ansatz auch hier stärken. Regierungsverantwortung mit Überzeugung und Kompetenz zu übernehmen, verändert den Zeitgeist. Wir wollen zeigen, dass Veränderung machbar ist.

### Warum braucht Sachsen-Anhalt den Politikwechsel mit der LINKEN?

Wir wollen das Land insgesamt sozialer gestalten. Es geht um die Richtlinienkompetenz, mit der ein Ministerpräsident ausgestattet ist. Wir wollen die Schlagzahl der Veränderung erhöhen und die Richtung stärker bestimmen – nicht nur die Überschriften, sondern nun auch die Fußnoten.

### Kann der Regierungswechsel in Sachsen-Anhalt auch den Wechsel im Bund vorantreiben?

Erstens: Wenn es in zwei Ländern erfolgreiche linksgeführte Regierungen gibt und in Brandenburg eine erfolgreiche Regierung aus SPD und LINKE, dann rückt eine Mehrheit links der Union automatisch auch im Bund als Option näher. Die Basis und die mittlere Ebene der SPD ist da auch schon wesentlich weiter als die Führung. Zweitens: Wir würden auch ein neues Gewicht für die Interessen der ostdeutschen Bundesländer bekommen. Bisher kann sich Haseloff ja so gut wie nie gegen seine westdeutschen Kollegen durchsetzen. Und drittens: Wir bekämen auch Rückenwind für unsere bundespolitischen Forderungen, ob das die Überwindung von Hartz IV ist, eine gerechte Steuerpolitik, das Bekämpfen der Schere zwischen Arm und Reich oder friedliche Alternativen zu Rüstungsexporten und Kriegseinsätzen. Auch über den Wunsch nach einem Wechsel für mehr soziale Gerechtigkeit im Bund wird am 13. März in Sachsen-Anhalt mit abgestimmt.

# Politikwechsel für die Hochschulen

»Haben Sie den Mut, sich Ihres eigenen Verstandes zu bedienen!« Es war eine intellektuelle Demütigung und gleichzeitig der letzte Hilferuf, den Unirektor Udo Sträter dem Ministerpräsidenten Reiner Haseloff (CDU) entgegenrief. Tausende hatten sich im Mai 2013 auf dem Höhepunkt der Proteste gegen die geplanten Kürzungen der Landesregierung auf dem halleschen Uni-Platz versammelt. Das Kantsche Motto der Aufklärung musste in der Stadt der Aufklärung laut ausgesprochen werden, um das Schlimmste zu verhindern. Tage später ruderte die Regierung zurück.

Zur Erinnerung an diese hochschulpolitische Irrfahrt: Da war die Entlassung der CDU-Ministerin Birgitta Wolff, weil sie das Kaputtsparen von Hochschulen und Unikliniken nicht mittragen wollte. Da war die Forderung nach 50 Millionen Euro Einsparungen, hinter der es kein Konzept gab und die in Halle die ohnehin schon defizitäre Martin-Luther-Universität und auch die Kunsthochschule Burg Giebichenstein vor unlösbare Aufgaben gestellt hätte. Und dann kam ein sogenannter Bernburger Frieden, der die Probleme an den Hochschulen gekonnt ignorierte, nur um dem Finanzminister doch noch irgendeine Summe als Einsparung zu präsentieren.

Immer noch hänge das Damoklesschwert der Schließung von Instituten über der Stadt, sagt

Hendrik Lange, Hochschulexperte der LINKEN im Landtag. »Die von der Uni geforderten Kürzungen sind bis nach der Landtagswahl aufgeschoben. Wir treten stattdessen für eine solide Finanzierung ein, inklusive der Berücksichtigung künftiger Tarifsteigerungen und Inflation«, sagt er und fügt zum Thema Hochschulmedizin hinzu: »Mit uns wird im Land kein Standort der Hochschulmedizin in Frage gestellt. Halle hat hier eine einzigartige Tradition und hohes wissenschaftliches Renommee.«

Das Uniklinikum Halle müsse mit diesem klaren Bekenntnis so aufgestellt werden, dass es nicht defizitär arbeite. DIE LINKE hat immer wieder darauf hingewiesen, dass zum wesentlichen Teil die nicht ausreichende Vergütung ärztlicher Leistungen, die die Klinika für

die Regionen erbringen, für die roten Zahlen verantwortlich ist. Durch die Übernahme der Bafög-Kosten durch den Bund wären eigentlich mehrere Millionen Euro frei für die Hochschulen. Die Landesregierung nutzte einen Großteil für andere Zwecke. DIE LINKE wird sie für die Hochschulen einsetzen. »Bildung ist ein Menschenrecht. Deshalb treten wir weiter für den freien Zugang zu den Hochschulen ohne Studiengebühren ein«, so Hendrik Lange weiter. Doch auch die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen sind ein Schwerpunktthema der LINKEN. »Wir haben in vielen Bereichen prekäre Arbeitsverhältnisse. Wissenschaftler arbeiten oft für sehr wenig Geld und mit extrem kurz befristeten Verträgen. Das schadet der Wissenschaft«, so Hendrik Lange. Sein Vorschlag: ein

Mindestlohn für die Gruppe der Lehrbeauftragten an den Hochschulen und eine wirksame Verpflichtung der Hochschulen auf bessere Arbeitsbedingungen. Kleine Schritte hat DIE LINKE auch aus der Opposition schon erreicht. »Durch uns ist es gelungen, Maßnahmen für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Wissenschaft zwischen Land und Hochschulen zu vereinbaren«, sagt Hendrik Lange.

Mit einem Regierungswechsel soll nun aber insgesamt der Politikwechsel für die Hochschulen folgen. »Unsere Wissenschaftseinrichtungen sind der Innovationsmotor für die ganze Region«, so Hendrik Lange. »Sie ziehen außerdem viele junge Menschen in die Stadt. Auch die Stadtgesellschaft ist so vielfältiger aufgestellt und wird intellektuell bereichert.«



Neue Gebäude, wie hier am Steintor-Campus, sind gut. Aber es braucht auch eine neue Politik für die Hochschulen.

## Schulen sanieren, gemeinsames Lernen fördern

Wer in Halle ein Schulkind hat, der kennt das: Jede Woche fällt inzwischen Unterricht aus oder muss vertreten werden. Oft ist dann nicht Bio, Mathe oder Chemie, sondern stille Beschäftigung oder Videoschauen angesagt. Meist freut das die Kinder, aber langsam fängt es auch sie an zu nerven. Viele Eltern sind schon lange auf hundertachtzig. In Sachsen-Anhalt teilen sich Land und Kommunen die Ver-

antwortung für die Schulen. Das Land ist für die Inhalte und das Lehrpersonal zuständig, die Kommune für die Gebäude und die sächliche Ausstattung. So weit, so Theorie. Denn weil die Kommunen nicht genug Geld haben, greift das Land ihnen schon lange mit Fördermitteln unter die Arme, um Schulen zu sanieren. Das sogenannte Stark-III-Programm reicht Fördermittel der EU, die für die energetische

Sanierung öffentlicher Gebäude vorgesehen sind, an die Kommunen weiter.

Doch der Teufel steckt auch hier im Detail, denn die Förderrichtlinien von EU und Land passen nicht auf jedes Schulgebäude. Mittelbar regiert das Land sogar in die Planungshoheit der Kommunen hinein, denn es schreibt hohe Mindestschülerzahlen vor. »Wir streichen nicht eine Schule, sondern alle« – das Versprechen von Finanzminister Bulterjahn von vor fünf Jahren ist heute auch in Halle keinesfalls erfüllt. Es gibt weiter einen immensen Sanierungsstau. Auch bei der Schulsozialarbeit klaffen große Lücken.

Dabei brauchen besonders Schulen in benachteiligten Vierteln besondere Aufmerksamkeit. DIE LINKE tritt dafür ein, sie besonders auszustatten. Gerade diese Schulen brauchen mehr Lehrer und mehr Schulsozialarbeit. Nur so kann Inklusion, also die gemeinsame Beschulung aller Schüler, gelingen.

Und auch das längere gemeinsame Lernen muss weiter vorangetrieben werden, denn davon profitieren alle Schüler. Beson-

ders beispielgebend ist hier der neue Campus Kastanienallee in Halle-Neustadt. Die bisherige Sekundarschule hatte beschlossen, sich in eine neuartige Gemeinschaftsschule umzuwandeln. Direkt nebenan steht das Christian-Wolff-Gymnasium, die Grundschule Kastanienallee ist auch am selben Standort. Alle drei Schulen arbeiten eng zusammen, zum Vorteil aller. Verschiedene Schulformen und längeres gemeinsames Lernen in direkter Nachbarschaft – ein Modell für die Zukunft des Lernens.

Leider herrscht auch hier noch Sanierungsstau. Das Gebäude der Gemeinschaftsschule ist, wie zahlreiche andere in Halle auch, in einem grenzwertigen Zustand. Um in ganz Halle und im Land insgesamt weiter viele Schulen zukunftsfest zu machen, fordert DIE LINKE die flexiblere Ausgestaltung der Fördermittelrichtlinien. Außerdem muss sich das Land beim Bund um neue Förderprogramme bemühen. Denn allein schaffen es die Kommunen nicht. Für gute Bildungsstätten jedoch muss das Geld da sein.



Vorbild mit Sanierungsstau – Gemeinschaftsschule Kastanienallee



**ERST-  
STIMME:  
LINKS**

Im Wahlkreis:  
Südliche Innenstadt,  
Kröllwitz, Trotha,  
Heide-Süd

## Die Politik aufmischen

Was haben ein Kronleuchter, eine Sekretärin und ein Anarchist gemeinsam? Es sind Rollen, in die Sarah Heinemann ohne weiteres schlüpfen kann und in denen viele Hallenser sie schon gesehen haben. Als Statistin an der Oper. Den Kronleuchter spielte die 27-jährige Hallenserin in »Die Schöne und das Biest«. Im »Don Carlo« verkörperte sie die Sekretärin, die sich in einer erotischen Traumscene gehen lässt und daraufhin hingerichtet wird. In der Inszenierung von Wagners »Die Meistersinger von Nürn-

berg« war sie eine der fünf Anarchisten. »Wir haben quasi die Inszenierung aufgemischt. Sogar die Presse hat gerätselt, wer wir fünf Statisten sind – das Beste, was einem Statisten passieren kann«, sagt sie.

Die stummen Rollen sind ihr Hobby, das gute Sprechen ist ihr Beruf. Sarah Heinemann ist Sprechwissenschaftlerin. Gerade arbeitet sie an ihrer Doktorarbeit. Und sie gibt als freiberufliche Rhetoriktrainerin Kurse. Nun will sie in die Politik und

dort »die Inszenierung aufmischen«.

Sarah Heinemann wohnt in der südlichen Innenstadt. In dem Wahlkreis, zu dem auch Kröllwitz, Trotha und Heide-Süd gehören, tritt sie nun ausgerechnet gegen zwei Vertreter der bisherigen Regierungskoalition an, die mitverantwortlich sind für die falsche Politik, gegen die sich Sarah Heinemann wendet. Es waren die Proteste gegen die Hochschul- und Kulturkürzungen, die sie zur Politik brachten.

Sie war schockiert von den katastrophalen Plänen. Die Kultur zusammenstreichen, das Uniklinikum schließen, die Martin-Luther-Universität zur Rumpfhochschule schrumpfen, dazu die immer prekärer werdenden Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft: »Das hat mir den Rest gegeben«, sagt sie. Und weil der Landtag nun mal die Gesetze macht, »will ich da rein und die Dinge anpacken«.

Im Landtag will sie mit ihren eigenen Erfahrungen punkten. Sie weiß, wie es ist, von mageren Uni-Honorarverträgen zu leben, ohne gesicherte Jobperspektive. »Auch an der Oper sehe ich, wie viel alle dort ackern müssen.

Aber eigentlich können sie nicht mehr. Teilweise haben sie drei Jobs parallel. Wir sitzen alle auf der Sparflamme. Darunter leidet die Kunst, darunter leidet die Wissenschaft«, sagt Sarah Heinemann.

Es ist die Generation Praktikum, für die Sarah Heinemann ins Parlament drängt. Der Generation wird oft nachgesagt, sie wisse nicht, was sie wolle und besinne sich nur noch auf sich selbst. Für Sarah Heinemann ein Symptom in der ganzen Gesellschaft. »Das ist Normalität im kapitalistischen System, in dem jeder immer mehr auf sich selbst zurückgeworfen wird. Also kämpft dann jeder für sich selbst.«

Ihr Gegencredo lautet: »Man muss etwas dafür tun, dass es besser wird.« Denn auch das ist die neue Generation: eine, die den Problemen mit neuen Sichtweisen auf den Grund gehen will, die die Welt nicht akzeptiert, wie sie ist, sondern neu nach dem Warum fragt. Eine Generation, die Dinge anders machen will und für die Politik mehr sein muss als nur ein System des »Immer weiter so«, von Machterhalt und Postenhuberei.

Wer Sarah Heinemann begegnet, erlebt eine eher zurückhaltende Frau mit einem Blick auf die Welt, der sich auch von klassischen linken Ansichten unterscheidet. So gibt es für sie zum Beispiel keinen Widerspruch zwischen Linkssein und Religion. »Ich bin von Religionen geprägt worden, und ich finde, dass Werte wie Solidarität und Gerechtigkeit, der Wunsch nach einem friedlichen Miteinander – dass das Werte sind, die alle Religionen teilen. Es gibt da eine Riesengemeinsamkeit zu linken Positionen.«

Solche und andere Diskussionen führt Sarah Heinemann, ohne sich selbst zu wichtig zu nehmen. Sie ist eine Frau der leisen Töne. »Ich überlege mir lange, wie meine Meinung ist. Erst

dann vertrete ich sie. Wenn ich so manche Lautsprecher höre, frage ich mich oft, was steckt denn da wirklich dahinter.«

Authentisch sein ist Sarah Heinemanns Anspruch. Was das heißt? »Nicht heute das eine sagen und morgen das andere«, sagt sie. Trotzdem müsse man auch den Wählern verständlich machen, dass Entscheidungen nicht immer haargenau so ausfallen, wie man selbst das möchte, sondern dass es Kompromisse gibt, geben muss. Auch dass die Achtung von Menschen- und Minderheitenrechten Vorrang hat vor vermeintlichen Stimmungen der Masse oder »des Volkes«.

In ihrem sprechwissenschaftlichen Beruf geht es ihr nicht um die sprichwörtliche »bloße Rhetorik«, also austauschbare Phrasen, die den Zuhörer aufs Glatt-eis führen, ihn manipulieren sollen und die eigentlichen Absichten verschleiern. »Polemik, persönliche Angriffe oder das Rumhacken auf den Schwächen anderer – das ist keine gute Rhetorik«, erklärt Sarah Heinemann. »Ein Argument wirkt viel nachhaltiger, wenn ich den Gesprächspartner überzeuge. Der gute Redner ist authentisch, hat eine Überzeugung und bringt sie glaubwürdig rüber.« Man darf das als Programm verstehen.



**Sarah Heinemann**

Geboren 1988 in Halle, Studium der Sprechwissenschaft, Doktorandin.

**Was ist deine heimliche Leidenschaft?** Essen.

**Was ist dein Lieblingsplatz in Halle?** Jeder Platz, wo ich Kuchen und Schokolade bekomme.

**Wen würdest du für den Nobelpreis vorschlagen?** Zunächst muss ich den wieder ernst nehmen können.

**Welche deiner Visionen lässt sich innerhalb der nächsten fünf Jahre erfüllen?** Meine Doktorarbeit zu Ende bringen.

**Welcher deiner Träume wird vermutlich unerfüllbar bleiben?** Einmal mit dem Hogwards-Express fahren.

**Für welchen hast du die Hoffnung noch nicht aufgegeben?** Irgendwann mal Klavier spielen können.

**Was wird Halle in zwanzig Jahren sein?** Hauptstadt von Sachsen-Anhalt.





Matthias Behne

# Die Wirtschaft sinnvoll fördern

»Ich bin der Kapitalist bei den Linken«, scherzt Rudenz Schramm gerne. Er meint das als kleine Provokation, durchaus auch für die eigenen Leute. Schramm ist Unternehmer. Er leitet das Steintor-Varieté in Halle, einen seit vielen Jahren erfolgreichen mittelständischen Kulturbetrieb, der gänzlich ohne staatliche Förderung auskommt. Die Stars und Sternchen – Rudenz Schramm holt sie nach Halle und hat meist ein ausverkauftes Haus. Seit über zehn Jahren schon macht er als Parteiloser Stadtratsarbeit für DIE LINKE und will nun

auch in den Landtag. Schramm kandidiert auf der Landesliste. Dem 61-Jährigen geht es darum, linke Politik mit seiner unternehmerischen Perspektive zu bereichern. Nach dem Scherz vom Kapitalisten kommt er darum auch schnell zu seiner Sicht ökonomisch und sozial vernünftigen Wirtschaftens. »DIE LINKE und Unternehmertum sind überhaupt kein Widerspruch«, sagt er. »Es gibt viele Verwerfungen des Wirtschaftssystems. Monopolisierung, Globalisierung, die einseitige Verteilung von Reichtum – das ist Gift für die freie

und soziale Marktwirtschaft«, sagt er. Ohne erfolgreiche Unternehmen kämen Gesellschaften wirtschaftlich unter die Räder: »Der Wohlstand muss ja erwirtschaftet werden.« Doch gleichzeitig müsse der Reichtum, der erwirtschaftet werde, wieder der Gesellschaft zugutekommen und nicht in den Taschen weniger landen. »Wir stecken mitten in der nächsten großen technischen Revolution, die sich Industrie 4.0 oder Internet der Dinge nennt und die Wertschöpfung noch beschleunigen wird«, sagt Schramm.

Umso dringender werde die gesellschaftliche Bindung des Wohlstands. Für Sachsen-Anhalt bedeute das, dass die kleinen und mittleren Unternehmen, die das Rückgrat der hiesigen Wirtschaft bilden, viel stärker beim Strukturwandel unterstützt werden müssten. »Bisher hat man die Fördermittel vor allem den Großen hinterhergeschmissen, anstatt sich um vernünftige Ansiedlungen und die Pflege bestehender Unternehmen zu kümmern«, sagt Rudenz Schramm. Mit ihm und der LINKEN soll sich das ändern.

## Bürgerrechte verteidigen

Freiheit oder Sicherheit. Ist das ein Gegensatz? Immer wenn etwas Schreckliches passiert, werden wieder Rufe laut, die Sicherheitsgesetze zu verschärfen. Verhindern – das geben selbst Verschärfungspolitiker zu – lassen sich Terroranschläge so jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach nicht.

Auch im vermeintlich Kleinen gibt es eine schleichende Ausdehnung von staatlicher Überwachung – zumeist ohne dass es eine tatsächliche Zunahme von Sicherheit gibt. So hat erst kürzlich die Polizei in Halle auch am Riebeckplatz die Videoüberwachung begonnen. Das wird, davon ist auszugehen, die Probleme nur verdrängen, woraufhin – so ist die verquere Logik – immer mehr Videoüberwachung eingeführt wird. Bis die Freiheit versiegt.

Das alte Wort Benjamin Franklins, wonach der, der Freiheit für Sicherheit aufgibt, beides verlieren werde – es dringt allzu oft nicht durch in die politische Praxis. Nur als Beispiel zwei Fragen aus der jüngeren Vergangenheit in Sachsen-Anhalt: Dürfen staatliche Behörden die Computer von Bürgern mit Hilfe des sogenannten Staatstrojaners hacken? Für DIE LINKE geht das eindeutig zu weit, nicht nur, weil sich eine solche Praxis kaum noch kontrollieren lässt. Darf die Polizei zwangsweise HIV- und AIDS-Tests durchführen? DIE LINKE lehnt das ab, weil es ein zu großer Eingriff in die Bürgerrechte ist und diejenigen, die nur scheinbar verdächtig sind, HIV oder AIDS zu haben, stigmatisiert werden, statt Aufklärung und Prävention zu fördern.

DIE LINKE wird weiter für die Wahrung der Grund- und Freiheitsrechte der Bürger eintreten und gleichzeitig dafür kämpfen, dass die Polizei in die Lage versetzt wird, mit ausreichend Personal solide Ermittlungsarbeit zu machen, anstatt mit technischer Überwachung Sicherheit zu simulieren. Freiheit und Sicherheit müssen kein Gegensatz sein, wenn man anerkennt, dass es hundertprozentige Sicherheit nicht geben kann.

## ZWEITSTIMME: LINKS Hallenser auf dem Zettel



Matthias Behne

Wirtschaftspolitik braucht Verstand: Rudenz Schramm und Elisabeth Nagel treten auf der Landesliste der LINKEN an.

## Das ganze Land im Blick haben

Elisabeth Nagel weiß beim Thema Wirtschaft, wovon sie spricht. Sie bekommt jeden Tag durch ihren Beruf direkte Einblicke in das, was in Sachsen-Anhalt gut und schlecht läuft. Sie ist bei der Regionaldirektion der

Bundesagentur für Arbeit für die Koordination der Berufsberatung für junge Menschen in Sachsen-Anhalt und Thüringen zuständig. Vorher war sie neun Jahre lang Ansprechpartnerin der Agenturmitarbeiter im Ar-

beitgeberservice, also derjenigen, die mit den Unternehmen im Land zu tun haben.

Im ehrenamtlichen Bereich ist sie außerdem seit 2004 Stadträtin in Halle und nimmt in dieser Funktion unter anderem mehrere Aufsichtsratsmandate wahr: bei den Stadtwerken, bei der Trägergesellschaft des Gewerbegebiets Star Park in Halle-Ost und bei der HWG.

Wer sich also mit der 49-Jährigen, die nun für DIE LINKE auf der Landesliste kandidiert, über Wirtschaft unterhält, bekommt sofort eine scharfe Analyse geliefert, und den Vergleich mit anderen Ländern gibt es oben drauf: »Sachsen-Anhalt steht im Vergleich schlecht da. Wir haben zu kleine wirtschaftliche Cluster, die darüber hinaus zu wenige Beziehungen untereinander haben. Die Kommunen kochen alle ihr eigenes Süppchen und stehen in schädlicher Konkurrenz zueinander. Und

speziell Halle hat es über all die Jahre nicht geschafft, richtig gute Unternehmen anzusiedeln, die zum Beispiel auch gute Löhne zahlen.«

Das liege auch am Land, das sich lange fast ausschließlich auf die Region Magdeburg/Börde konzentriert habe. Die Förderpolitik müsse in Zukunft andere Schwerpunkte setzen. »Die Regierung muss einen Blick auf das ganze Land haben, und die Investitionsbank darf kein Selbstbedienungsladen für Partikularinteressen sein.« Elisabeth Nagel plädiert auch für einen Moderator im Land, der in Wirtschaftsfragen für einen Ausgleich widerstreitender Interessen der Kommunen sorgt. Intelligente Koordination ist ihr wichtig. Deshalb engagiert sie sich auch in der regionalen Planungsgemeinschaft und für die Metropolregion Halle-Leipzig. Weil sie weiß, wovon sie spricht.



istockphoto.com/vesna11



Matthias Behne

**ERST-  
STIMME:  
LINKS**

Im Wahlkreis:  
Innenstadt, Paulus-  
viertel, Giebichenstein,  
Frohe Zukunft,  
Halle-Ost

## »Der Zahlenmeister«

Zahlen und immer wieder Zahlen. Wenn sich der Landtagsabgeordnete Swen Knöchel mit seinen Kollegen im Finanzausschuss des Hohen Hauses ums Geld kümmert, dann können es schon mal zehn oder zwölf Stunden am Stück werden. Sie tauchen dann tief ein in die Materie, in all die Details des Haushaltsplans. Sie wollen von der Regierung wissen, wie sie das Geld ausgegeben hat oder wie sie plant, es auszugeben. Die Ausschüsse des Landtages sind die Maschinenräume der Demokratie, und der Finanzausschuss ist so etwas wie der Hauptmaschinenraum. Swen Knöchel wiederum ist der Vorsitzende. Die Leitung des wichtigsten Ausschusses steht traditionell der größten Oppositionspartei zu. 2014 kam Knöchel in das Amt, da war er gerade drei Jahre lang Abgeordneter. Es ist der Posten, in dem man als Oppositionspolitiker mit die größte Verantwortung hat. Nun tritt er zur Landtagswahl in seinem Heimatwahlkreis in Halle an, um mit der LINKEN als Regierungspartei Verantwortung zu übernehmen.

Swen Knöchel kann gut mit Zahlen. Der 42-Jährige hatte zuvor zwölf Jahre lang als Betriebsprüfer beim Finanzamt in Halle gearbeitet. Schwierige Bilanzen, vertrackte Bücher und auch manch unsicheren Geschäftsplan hat Swen Knöchel als Mann der Steuerbehörde analysiert. Er hat dafür gesorgt, dass der Staat das Geld bekam, das er für die Erfüllung seiner Aufgaben braucht und das ihm auch heute viel zu häufig vorenthalten wird. Swen Knöchel ist dabei aber auch stets fair gegenüber den Unternehmen geblieben, die er zu prüfen hatte. Denn die allermeisten zahlen ihre Steuern ordentlich. Steuerprüfer ist trotzdem nicht der angesehenste Job, aber es war einer im Maschinenraum.

Wenn es sein muss, dann ist Swen Knöchel auch als Abgeordneter unbequem, dann fühlt er dem Finanzminister auf den Zahn, und er hinterfragt auch die Prämissen der Politik der Regierung. Denn Zahlen sind das eine. Aber Swen Knöchel ist vor allem wichtig, darüber nicht die Menschen und vor allem deren Zukunft zu vergessen. »Man muss immer auch an morgen denken und daran, was die Auswirkungen der Politik sind«, findet Swen Knöchel. Im Maschinenraum nur den Kopf unten zu halten, ohne zu wissen, wohin der Kahn steuert, wäre für ihn Politik im Blindflug.

Die Finanzen sind seit Jahren das alles dominierende Feld in der sachsen-anhaltischen Politik. Es herrscht die Ideologie des vorseilenden Kürzens. Zukunftsperspektiven sind Mangelware. Als Finanzpolitiker setzt Swen Knöchel der düsteren, lähmenden Erzählung vom schrumpfenden und hoch verschuldeten Sachsen-Anhalt eine andere Perspektive entgegen. »Finanzminister Bullerjahn woll-

te Sachsen-Anhalt zukunftsfest machen, indem er an allem sparte. Seine Richtschnur waren Statistiken und Prognosen, die sich zumeist als unzutreffend herausgestellt haben. Diese Politik funktioniert nicht für unser Land. Die Probleme häufen sich. Wir haben zu wenige Lehrer, zu wenige Polizisten, zu wenig Geld für die Hochschulen und zu wenig Wirtschaftswachstum«, sagt Swen Knöchel.

Statt für ein Jahr X eine abstrakte Personalzahl zu planen und dann unkoordiniert zu kürzen, müsse man zuallererst die nahe Zukunft absichern, sonst werde die angenommene Schrumpfung zur selbsterfüllenden Prophezeiung. »Gute Kitas und Schulen brauchen wir heute, denn die Kinder sind heute da. Und diejenigen, die jetzt in Sachsen-Anhalt einen Studienplatz suchen, sollen den bestmöglichen bekommen«, so Swen Knöchel. »Wenn man in der Kultur und damit im Tourismus Pfunde hat, mit denen man wuchern kann, warum stärkt man die nicht, anstatt sie zusammenzustreichen? War-

um richtet man die Infrastruktur nicht an den jetzigen Bedürfnissen der Menschen aus, anstatt sie für einen möglichen Mangel in der Zukunft auszudünnen?«

Für Swen Knöchel ist es wichtig, den Gesamtüberblick zu behalten. »Die Ressourcen sind immer knapper als die Wünsche. Für die Landesregierung aber war es umgedreht. Das führt zur politischen Verkümmern.« Das Märchen von der schwäbischen Hausfrau ist für Swen Knöchel nicht auf komplexe ökonomische Zusammenhänge anwendbar. »Schulden sind nicht schön, und man muss vermeiden, immer mehr davon zu machen. Aber Schulden sind auch eine Frage des Preises und wofür man sie aufnimmt. Kluge Investitionen in die Zukunft zu verteuern, ist konservativer Masochismus.«

Diese Verbindung von Verlässlichkeit und Vision hat Swen Knöchel im Landtag und in Halle zu einem anerkannten Politiker gemacht. Neben dem Landtagsmandat ist er auch ehrenamtlicher Stadtrat. Er engagiert sich außerdem ehrenamtlich als Vorsitzender im Humanistischen Verband der Saalestadt, einem Verein, der Wertevermittlung nicht aus religiöser, sondern aus ethisch-humanistischer Perspektive betreibt.

Zahlen sind also nicht alles für Swen Knöchel. Das ultimative Kontrastprogramm zur langwierigen Ausschusssitzung ist sein Beagle Sammy, ein Draufgänger und quirliger Unruheherd. »Ein Freund aller Hunde und Menschen«, sagt Swen Knöchel. Beide spazieren gerne durch die Saalestadt, bei weitem nicht nur im Stadtpark am Charlottenviertel, wo Swen Knöchel wohnt. Das können an freien Tagen dann durchaus auch schon mal Stunden werden.



Matthias Behne

### Swen Knöchel

Geboren 1973 in Halle, Diplom-Finanzwirt, seit 2011 Landtagsabgeordneter.

**Was ist deine heimliche Leidenschaft?** Ein Teil meiner Antwort würde Sie nur verunsichern.

**Was ist dein Lieblingsplatz in Halle?** Die Saaleaue.

**Wen würdest du für den Nobelpreis vorschlagen?** Es gibt so viele herausragende Forscher, ich denke, wichtig ist, dass Politik die Voraussetzungen für ihre Arbeit sichert.

**Welche deiner Visionen lässt sich innerhalb der nächsten fünf Jahre erfüllen?** Den Haushalt des Landes so zu gestalten, dass er den LINKEN Ansprüchen gerecht wird.

**Welche deiner Träume wird vermutlich unerfüllbar bleiben?** Meinem Hund Manieren beizubringen.

**Für welchen hast du die Hoffnung noch nicht aufgegeben?** Solche Fragen spontan beantworten zu können.

**Was wird Halle in zwanzig Jahren sein?** Immer noch die Stadt, in der ich mich am wohlsten fühle.



## Menschen willkommen heißen – das muss zu schaffen sein

Es ist die derzeit größte Herausforderung für Politik und Verwaltung: die Unterbringung ankommender Flüchtlinge und Asylbewerber zu organisieren, sie herzlich willkommen zu heißen und ihre Integration hier in Sachsen-Anhalt vorzubringen. Dazu macht DIE LINKE konkrete Vorschläge:

- Sachsen-Anhalt braucht eine wirkliche Willkommenskultur, die nicht unterscheidet zwischen guten und schlechten Flüchtlingen, denn Menschenrechte sind universell. Menschen, die hierher kommen, müssen gute Gründe zum Bleiben bekommen.

- Alle Initiativen, Vereine und Personen sowie die Kirchen und andere religiösen Gemeinschaften, die sich in der Flüchtlingsarbeit engagieren, verdienen die Unterstützung des Landes. Von ihren Erfahrungen muss Politik lernen. Die unregelmäßigen und unproduktiven Asylgipfel der Landesregierung sind überflüssig. Wir wollen eine ständige Migrationspolitische Konferenz schaffen, die nach Art eines Runden Tisches gemeinsam mit denen, die die praktische Arbeit machen, die wirklichen Probleme benennt, Lösungswege diskutiert und die Umsetzung koordiniert.

- Es dürfen nicht künstlich Zustände geschaffen werden wie im Berliner »LAGeSo« oder im vergangenen Herbst in der zentralen Aufnahmestelle in Halberstadt. Das Beispiel Halle zeigt, dass es auch mit ruhiger, sachlicher Arbeit geht.

- Die tatsächlichen Kosten für Flüchtlingsunterbringung und -integration müssen den Kommunen erstattet werden.

- Die Unterbringung von Asylsuchenden darf kein Geschäft sein. Es müssen daher verbindliche Standards definiert werden, die auch die Privatsphäre der Menschen schützen. Die dezentrale Unterbringung in Wohnungen ist humaner und preisgünstiger.

- Flüchtlinge brauchen eine Gesundheitskarte, um medizinische Versorgung ohne bürokratische Hürden zu bekommen. Die psychosoziale Betreuung von Flüchtlingen muss besonderes Augenmerk erhalten. Viele Menschen kommen traumatisiert von Krieg und Flucht zu uns.

# Politik für die Menschen vor Ort

Was linke Kommunalpolitiker von der Landtagswahl erwarten



Fünf von 15 erfolgreichen Stadträten der Linksfraktion: Bodo Meerheim, Ute Haupt, Manuela Plath, Josephine Jahn und Erwin Bartsch

Landespolitik hat immer einen großen Einfluss auf die Menschen vor Ort und damit auf Kommunalpolitik. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Stadträte der LINKEN ihre ganz eigenen Erwartungen an diese Landtagswahl haben. Sie bilden mit mehreren Parteilosen die zweitgrößte Fraktion.

Und ebenso wenig erstaunlich ist es, dass dem Fraktionsvorsitzenden Bodo Meerheim vor allem das Thema Finanzen auf den Nägeln brennt. Er hofft nach der Landtagswahl auf einen Regierungswechsel im Land, »damit es eine verlässliche Finanzierung der Kommunen und ihrer Aufgaben gibt«. Bei der letzten Reform des kommunalen Fi-

nananzausgleichs durch das Land gingen der Stadt Halle mehrere Millionen Euro verloren. Nun hofft Bodo Meerheim auf eine Rückkehr »wenigstens auf den Stand von 2014«. Die Verteilung der Gelder müsse sich zu allererst an der Steuerkraft der Kommunen orientieren, fordert er. Auch müssten die tatsächlichen Kosten, die durch die Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt entstehen, transparent gemacht werden. »Das Land darf uns mit den Folgekosten, zum Beispiel in Kitas, Schulen oder bei der Sozialarbeit, nicht allein lassen, damit die Kommunen die Integration so vieler Menschen schaffen«, sagt Bodo Meerheim.

Und noch etwas findet er wichtig: »Wir brauchen den Regierungswechsel, weil es nur dann eine Rücknahme der Kürzungen bei Kultur und Wissenschaft geben wird. Beides hat für Halle eine besondere Bedeutung.« Die Sozialexpertin der LINKEN im Stadtrat, Ute Haupt, weist auf einige Landesregelungen im Bereich Gesundheit und Prävention hin, die es zu verbessern gelte. So stehe die Finanzierung von Beratungsstellen auf unsicheren Beinen. Diese Anlaufstellen für Hilfesuchende, seien es Drogenabhängige, Familien mit Konflikten oder Schwangere, bekämen nur eine Festsumme, die Tarifsteigerungen und Inflation nicht berücksichtige. »Die meist kleinen Beratungsstellen kommen schnell an den Punkt, wo sie nur noch an den Fachkräften sparen können«, so Ute Haupt. Das aber gefährde die Qualität der Arbeit.

## ZWEITSTIMME: LINKS Hallenser auf dem Zettel

# Demokratie: Mehr als Zettel ankreuzen!

Je mehr Menschen man fragt, was Demokratie für sie bedeutet, desto vielschichtiger und bunter wird das Bild dieses oft benutzten Begriffes. Für den 26 Jahre alten Philosophiestudenten Frank Rösler aus Halle

ist Demokratie Herausforderung und Chance zugleich. Er kandidiert auf der Landesliste der LINKEN, um unkonventionelle Ideen in die Politik zu bringen. »Demokratie ist das Bindemittel der Gemeinsamkeiten und Un-

terschiede einer Gesellschaft«, sagt er. »Heutige Entscheidungsprozesse nehmen viele Leute nicht mit. Das scheitert oft schon an einer unverständlichen und aufgeblasenen Sprache.« Einige Ursachen für Politikfrust. Rösler will motivieren: »Die Möglichkeiten sind doch viel facettenreicher, als nur alle vier Jahre Zettel anzukreuzen«, meint er. »Andererseits geben viele Leute auch von sich aus und gerne ihre Mitsprachemöglichkeit an der Wahlurne ab. Das hat mit Selbstbestimmung dann nicht mehr viel zu tun.«

Es ist eine schwierige Aufgabe, Menschen dafür zu begeistern, sich an der Demokratie zu beteiligen, besonders, wenn sie sich seit Jahren ausgegrenzt fühlen. Die mangelnde soziale Gerechtigkeit ist aus Sicht der LINKEN eine der Grundursachen für Politikmüdigkeit und -verdrossenheit. DIE LINKE will die Beteiligungs-

Es gebe zudem auch in Halle Gegenden, wo es schwierig sei, einen Facharzt zu bekommen, zum Beispiel in Vierteln am Stadtrand. Denn die Landesplannungen sehen nur eine bestimmte Zahl pro Kommune vor. Wo genau sich ein Arzt dann ansiedelt, interessiert das Land nicht mehr. »Die Politik der Kennziffern reicht aber nicht aus, sondern das Land muss den Bedarf vor Ort besser berücksichtigen«, sagt Ute Haupt.

Ähnlich verhalte es sich bei der psychiatrischen Versorgung. »Die Fälle werden immer mehr, auch durch viele traumatisierte Flüchtlinge«, sagt Ute Haupt und fordert: »Wir brauchen eine bessere psychiatrische Versorgung. Sie muss gut erreichbar sein, und es darf keine langen Wartezeiten geben. Und die Stadt muss bei der Planung mit einbezogen werden.« Denn oft koche das Land sein eigenes Süppchen, ohne den Bedarf vor Ort genau zu kennen.

Bei den Kitas ist die Forderung der Kommunalpolitiker ebenfalls klar. Das Land darf jetzt, nach der richtigen Einführung des Ganztagsanspruchs für alle Kinder, nicht stehenbleiben. Stadträtin Josephine Jahn ist selbst Kita-Erzieherin und tritt mit der LINKEN ein für eine Qualifizierungsoffensive für die Pädagoginnen und Pädagogen, denn um Inklusion richtig zu machen, brauche es gut geschulte Erzieherinnen und Erzieher. Es brauche zudem bessere Regelungen für die Vor- und Nachbereitung, die die Erzieher oftmals nicht angerechnet bekommen. Auch das letzte Kitajahr kostenfrei für die Eltern zu gestalten, sei eine Forderung, die es perspektivisch umzusetzen gelte.



Bitte mitmachen. Frank Rösler lädt ein zur Beteiligung an demokratischen Prozessen.

Matthias Behne



# Netzwerkerin gegen den Hass

**ERST-STIMME: LINKS**

Im Wahlkreis: Halle-Süd

Refugees Welcome

Es ist einer dieser unfreundlichen Montage auf Halles Marktplatz. Nass und kalt. Henriette Quade telefoniert. Sie organisiert. Die Landtagsabgeordnete der LINKEN hat eine Demo angemeldet. Das hallesche Bündnis gegen Rechts hat die Bürger der Stadt zum Protest aufgerufen, weil sich montags hier immer wieder eine krude Mischung aus Pegida-Sympathisanten, Verschwörungstheoretikern, Hooligans und einschlägig bekannten Nazis zur sogenannten Mahnwache trifft. Wieder werden sie gegen die Demokratie, die Presse und gegen Zuwanderung hetzen. Sie meinen damit die demokratische Gesellschaft, all die engagierten Helfer, vor allem aber meinen sie die Flüchtlinge, die Schwächsten der Gesellschaft.

Seit Monaten wabert der Hass durch die Stadt, und Henriette Quade und viele andere Halenser stemmen sich Woche für Woche erfolgreich dagegen. Henriette Quade hält dann nicht die Kundgebungsrede, sie hat keinen großen Auftritt. Ihre selbstgewählte Aufgabe ist der gute Ablauf. Immer wieder redet

sie mit der Polizei, telefoniert. Das Agieren im Hintergrund ist wichtig, dass der Protest erfolgreich ist, wichtig auch für das schnelle Reagieren, falls es gilt, einen rechten Marsch durch die Stadt zu verhindern. Quade ist eine Netzwerkerin gegen den Hass.

Die wöchentlichen Mahnwachen der Enttäuschten, Verbiterten und Hasserfüllten sind nur das öffentlich sichtbarste Zeichen für die bedrohlichen Veränderungen, die sich in der Gesellschaft seit der letzten Landtagswahl 2011 vollzogen haben. Damals zog Henriette Quade zum ersten Mal in den Landtag ein. Ihre Themen – Antifaschismus und der Kampf für eine Flüchtlingspolitik, die den Menschen und den Menschenrechten gerecht wird – galten vielen als Nischenthemen.

Dann flog das Terrornetzwerk NSU auf, die seit Jahren schwellende Flüchtlingssituation an den europäischen Außengrenzen kam auf einmal in die Mitte Deutschlands und traf auf unvorbereitete Regierungen. Flüchtlingsunterkünfte bren-

nen, und die Zahl rechtsextremer Übergriffe explodiert. »Wir erleben eine Zuspitzung von Hass und Gewalt, die ich mir nicht hätte vorstellen können«, sagt Henriette Quade.

Trotzdem: »Jeder, erst recht die Landesregierung, hätte wissen können, dass Sachsen-Anhalt schon lange ein Problem mit Rassismus hat. Jetzt überrascht zu sein, ist Heuchelei. Auch dass Nazis gewaltbereit sind, dass sie den Tod von Menschen in Kauf nehmen, dass es terroristische Bestrebungen gibt: Wer wollte, konnte das wissen«, sagt Henriette Quade.

Für sie war all das schon 1998, beim Einzug der rechtsextremen DVU in den Landtag, der Grund, sich politisch zu engagieren. Da war sie 14. Früh kam sie so zur LINKEN und in die zivilgesellschaftlichen Netzwerke gegen rechts.

2011 dann der Schritt in den Landtag. Seitdem ist Henriette Quade zu einer der bekanntesten Politikerinnen in Sachsen-Anhalt geworden. Das liegt an ihrer Sachkompetenz und akribischen Arbeit. Es hat aber auch mit ihrer Art, Politik zu machen, zu tun. Wenn Henriette Quade im Landtag redet, verzichtet sie meist auf persönliche Angriffe. Für sie zählen Argumente. Sie widersteht auch manchem parteipolitischen Reflex. Wenn es sich anbietet, arbeitet sie sehr gut und eng mit Vertretern anderer Fraktionen zusammen. Mit dem Grünen Sebastian Striegel stellte sie immer wieder gemeinsame Anfragen im Landtag, und beide organisierten die erfolgreiche Klage vor dem Landesverfassungsgericht gegen das Polizeigesetz der Koalition.

Politik als Netzwerkarbeit bedeutet für Henriette Quade auch,

»dass es wichtig ist, unsere Politik immer wieder mit den Initiativen außerhalb des Parlaments rückzukoppeln und von den Erfahrungen der Menschen zu lernen«, sagt sie.

Das tut sie auch in dem Wahlkreis im Süden von Halle, in dem sie zur Landtagswahl als Direktkandidatin antritt. Hier kommt sie her. Hier ist sie zur Schule gegangen. Es gibt viele Probleme, auch mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Silberhöhe etwa droht, von der rechten »Brigade Halle« regelrecht übernommen zu werden. Henriette Quade stemmt sich dagegen, gemeinsam mit all den sozialen Einrichtungen und Initiativen, die es im halleschen Süden eben auch gibt. »Halles Süden ist kein verlorener Stadtteil, auch wenn hier in der Vergangenheit stadtplanerisch vieles falsch gemacht worden ist. Es ziehen junge Familien hierher. Es leben hier so viele Menschen aus unterschiedlichen Milieus geräuschlos und unkompliziert miteinander. Das gefällt mir, und das möchte ich weiter befördern«, sagt Henriette Quade.

Sie tritt dafür ein, dass es wieder mehr sozialen Wohnungsbau gibt, dass den Menschen in Notlagen, ob geflüchtet oder hier geboren, geholfen wird entsprechend ihren Bedürfnissen, dass die Bedingungen für gelungene Integration geschaffen werden auf beiden Seiten. »Ein Gegeneinander ist sinnlos. Halle und das Land brauchen Zugang, brauchen Weltoffenheit«, sagt Henriette Quade und will sich dafür einsetzen, »dass wir die, die hierherkommen, willkommen heißen und ihnen gute Gründe zum Hierbleiben geben.« Es gelte, die Gesellschaft zu verändern. Gegen den Hass und für ein gemeinsames Miteinander.



**Henriette Quade**

Geboren 1984 in Halle, Studium der Germanistik und Geschichte, seit 2011 Landtagsabgeordnete.

**Was ist deine heimliche Leidenschaft?**

Die Trickfilme meines Sohnes schauen.

**Was ist dein Lieblingsplatz in Halle?** Die Rabeninsel.

**Wen würdest Du für den Nobelpreis vorschlagen?**

Marc-Uwe Kling mit seiner Känguru-Trilogie.

**Welche deiner Visionen lässt sich innerhalb der nächsten fünf Jahre erfüllen?** Die Lebensbedingungen von Geflüchteten zu verbessern und gleichzeitig die Weichen für eine offenere, solidarischere und vielfältigere Gesellschaft zu stellen.

**Welcher deiner Träume wird vermutlich unerfüllbar bleiben?** Eine gerechte Welt.

**Für welchen hast du die Hoffnung noch nicht aufgegeben?** Mehr gerechte Menschen.

**Was wird Halle in zwanzig Jahren sein?** Kulturhauptstadt, stärker mit Leipzig verwoben, hoffentlich stärker Stadt am Fluss, hoffentlich Stadt für alle.



Bei der Arbeit: Demos gegen den Hass müssen organisiert werden.



# Stadtentwicklung ist auch Landessache

Nun steht es, das neue Finanzamt an der Spitze in Halle. Ein Neubau des Landes mit einem zweifelhaften Finanzierungsmodell, das wie zugeschnitten wirkte auf eine große Baufirma, der das Grundstück seit Jahren gehörte. Neben am Hallmarkt steht seit Jahren ein anderes großes Haus leer und verfällt zusehends: das ehemalige Polizeipräsidium. Eine Liegenschaft, die dem Land gehörte, dann aber verschertelt wurde. Seitdem passiert nichts.



Direkte Nachbarschaft: Neubau des Finanzamts (rechts) und leerstehendes ehemaliges Polizeipräsidium (links)

## DIE LINKE – stark in Halle

Das LINKE Herz Halles schlägt an vielen Orten. Mehrere Büros der Partei und der Abgeordneten der LINKEN sind für Sie als Interessierte, engagierte Mitstreiterinnen und Mitstreiter oder Menschen mit einem bestimmten Anliegen Anlaufstelle und Treffpunkt. Der noch relativ neue Linke Laden in der Leitergasse 4, an der Ecke zur Geiststraße, vereint mehrere Büros unter seinem Dach. Dort ist zum einen die Zentrale des Stadtverbands der LINKEN zu finden, in der sich Neumitglieder oder Mitstreiterinnen und Mitstreiter informieren und treffen können. Zum anderen sind hier auch die Wahlkreisbüros der Bundestagsabgeordneten Petra Sitte und der Landtagsabgeordneten Henriette Quade und Swen Knöchel untergebracht.



Szenenwechsel. Halle-Neustadt, Scheibe C. Auch sie war immer wieder als mögliches Finanzamt im Gespräch. Heute ist sie praktisch eine Ruine, ein leerer Torso mit gähnenden Fensterfronten – ein Schandfleck seit Jahren. Dass dieses Gebäude bis voriges Jahr dem Land gehörte und dieses es so verfallen ließ, ist einer der städtebaulichen Skandale, die sich das Land mit seinen Liegenschaften in Halle regelmäßig leistet. Dass seit dem Verkauf vor kurzem genauso viele Fragezeichen im Raum stehen, was aus dem Gebäude irgendwann einmal wird, macht die Sache nicht besser.

Es gibt noch viele andere Beispiele, in denen das Land sein Eigentum an Gebäuden und Grundstücken in der Stadt nicht zum Wohle derselben einsetzt. Mit dem Umzug der Universität an den Steintor-Campus werden wieder zahlreiche Gebäude leer, und niemand weiß, was damit passiert. Eigentum verpflichtet – der Satz steht im Grundgesetz. Stattdessen sieht Guido Henke, Sprecher für Bau- und Wohnungspolitik der Landtagsfraktion der LINKEN, im Umgang des Landes mit seinen Gebäu-

den und Grundstücken die nackte Finanzpolitik am Werk: »Man schaut nur, wie man die Kosten kleinhalten oder am besten verkaufen kann. Was dann damit passiert, ist nebensächlich. Aber darum kann es nicht gehen.« Er plädiert für einen aktiven Umgang des Landes mit seinen Immobilien.

Guido Henke vergleicht den städtebaulichen Effekt, der daraus entstünde, mit einem Einkaufszentrum. »Dort braucht es für eine gute Entwicklung immer einen oder zwei Ankermieter, damit andere mitgezogen werden. So eine Rolle könnte auch das Land mit seinen Gebäuden in Halle spielen. Wir müssen weg vom marktconformen Verhalten und hin zu einer gestaltenden Politik«, fordert Henke.

Auch beim Thema Wohnen ist in Halle derzeit viel in Bewegung, nur oft nicht in die richtige Richtung. Sanierungen in der Innenstadt lassen die Mieten großflächig steigen, was dazu führt, dass sich viele eine Wohnung dort nicht mehr leisten können. »Einkommensschwache Haushalte dürfen nicht an den Stadtrand gedrängt werden«, sagt Guido Henke. DIE LINKE hat im Stadtrat gemeinsam mit SPD und Grünen bereits darauf reagiert und mehr sozialen Wohnungsbau gefordert. »Das ist der richtige Weg«, sagt auch Guido Henke und weist darauf

hin, dass der Bund seine Mittel für den sozialen Wohnungsbau bereits aufgestockt hat. Sachsen-Anhalt kann bis 2019 mit 23 Millionen Euro jährlich rechnen. »Das ist wichtig. Wichtig ist aber auch, das Geld jetzt zügig abrufbar zu machen.« Sanierung und Ertüchtigung von Leerstand geht für DIE LINKE dabei vor Neubau. Dabei müssen auch die Bedürfnisse einer älter werdenden Bevölkerung berücksichtigt werden, damit der Anspruch, möglichst bis ins hohe Alter in den eigenen vier Wänden bleiben zu können, erfüllt werden kann.

**ZWEITSTIMME: LINKS Hallenser auf dem Zettel**

## ÖPNV: Niemanden abhängen!

In Halle-Neustadt gibt es mit den Büros der Landtagsabgeordneten Hendrik Lange und Uwe Köck eine weitere Anlaufstelle, im Ernst-Haeckel-Weg 5. Über alle Abgeordnetenbüros können Sie unkompliziert mit den Abgeordneten der LINKEN und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Kontakt kommen. Sie haben für Ihre Anliegen und Ideen immer ein offenes Ohr.

Wer sich über die kommunalpolitische Arbeit der LINKEN informieren will, findet die Stadträtinnen und Stadträte im ehrwürdigen Stadthaus am Markt. Dort, in der dritten Etage, gut zu erreichen über den Fahrstuhl im Innenhof, befindet sich die Geschäftsstelle der Stadtratsfraktion. Auch die Fraktionssitzungen, in der Regel montags um 17 Uhr, sind öffentlich. Schauen Sie vorbei, wir freuen uns auf Sie.

DIE LINKE Halle gibt es auch im Netz [www.dielinke-halle.de](http://www.dielinke-halle.de), auf Facebook (DieLinkeHalle) und Twitter (@DieLinkeHalle).

Stillgelegte Eisenbahnstrecken, ausgedünnte Fahrpläne, bis nur noch der Rufbus oder gar nichts mehr fährt, immer weiter steigende Ticketpreise, Service-

wüste. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist eines der Stiefkinder des Landes. Für den Angestellten Dirk Gernhardt aus Halle ist das nicht hin-

nehmbar. Der 30-Jährige will die Verkehrswende. Deshalb tritt er für DIE LINKE auf der Landesliste zur Landtagswahl an.

ÖPNV sei für alle, besonders aber für ältere und für junge Menschen ein unverzichtbarer Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Auch in Halle gebe es Gegenden, in die nur spärlich ein Bus fahre, und auch die Preise seien für sozial Schwache oft zu hoch. Erst kürzlich hat DIE LINKE einen Preiserhöhungsstopp im MDV gefordert – vergebens.

DIE LINKE hat zur Landtagswahl einige deutliche Forderungen zur Reform des ÖPNV. So ist es nicht hinnehmbar, dass etwa Elf- und Zwölftklässler in Sachsen-Anhalt einen Kostenbeitrag zu ihrem Schülerticket zahlen müssen. »Es gibt Beispiele, dass Schüler deshalb vom Gymnasium abgegangen sind, weil sie sich das nicht leisten konnten. Diese Kosten muss das Land übernehmen«, sagt Dirk Gernhardt.

Auch die Diskussion um die

Finanzierung des ÖPNV will DIE LINKE neu eröffnen und dabei auch prüfen, ob sich eine fahrscheinlose Personenbeförderung mit neuen Finanzierungswegen realisieren lässt. Nur durch eine Trendwende bleibe der ÖPNV attraktiv und ließen sich seine ökologischen Vorteile nutzen, so Dirk Gernhardt. »Es muss ein attraktives Angebot geben, damit die Leute auf den ÖPNV umsteigen«, ist er überzeugt.

Auch bei der Ausgestaltung des ÖPNV, ob innerstädtisch oder im Regionalverkehr, lassen sich viele Stellschrauben drehen. Das könne ein einheitlicher Tarifverbund in Sachsen-Anhalt sein oder die deutliche Verbesserung der Fahrradmitnahmebedingungen: »Wir brauchen mehr Platz in den Zügen. Darauf hat das Land Einfluss, wenn es den Nahverkehr ausschreibt«, sagt Dirk Gernhardt und fügt noch hinzu: »Jeder muss mit dem ÖPNV dahin kommen können, wo er hin will.« Eigentlich eine Selbstverständlichkeit.



Einsteigen bitte: Dirk Gernhardt tritt für attraktiven ÖPNV ein.

# Hass aus Bequemlichkeit

Ein Gespräch mit Matthias Brenner, Intendant des Neuen Theaters in Halle, und André Bückner, bis 2015 Generalintendant des Anhaltischen Theaters in Dessau



**2013 haben in Sachsen-Anhalt Tausende gegen die von der Landesregierung geplanten Kürzungen bei der Kultur protestiert. Wie steht es heute um die Kultur im Lande?**

**André Bückner:** Es ging ja nicht nur um Kunst und Kultur, es ging auch um die Bildungslandschaft, die Wissenschaft, die Hochschulen. Das ist etwas gewesen, das eine seltene Einigkeit hergestellt hat. Wenn ich mich erinnere, mit wie vielen Menschen wir hier auf dem Universitätsplatz in Halle waren, mit Studenten, Theaterleuten, Museumsleuten, Bibliotheksleuten. Und ich habe in der Zeit auch immer gesagt: Das ist der Rohstoff des Landes – Kultur, Bildung, Kunst, Wissenschaft. Das zählt auch heute noch und müsste in die Zukunft entwickelt werden. Was könnte man schaffen, wenn man diese Leute liebe und ihnen Möglichkeiten gäbe.

**Matthias Brenner:** Wir können es nur von zwei Seiten ändern. Es muss in der Bevölkerung eine Begehrlichkeit geben. Und es muss, wenn es einen Machtwechsel geben sollte, einen Politikwechsel, auch eine Befähigung geben, eine Atmosphäre zu schaffen, in der sich ein

Land selber am Kragen und am Hosenboden gleichzeitig aus der Scheiße ziehen kann. Da ist so viel Potenzial. Eine Stadt in dieser Größenordnung kenne ich nicht, die so ein kulturelles, künstlerisches Potenzial hat wie Halle. Das finde ich enorm spannend, aber man belässt es im Prinzip dabei und setzt die Spirale nach unten ein. Wir sind mit einem Sumpf zu vergleichen, und die Erdanziehungskraft zieht uns nach unten, da können wir machen, was wir wollen. Und wenn wir es leisten können, dagegenzuhalten, uns immer wieder miteinander herauszuziehen, dann haben wir was geschafft. Dann können wir auch duschen gehen.

**Im unlängst vorgelegten Landeskulturkonzept der Fraktion DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt spielen Bildung, der Kontakt von Kindern zur Kultur eine große Rolle. Wie wichtig ist da das Theater?**

**André Bückner:** Vor 20 Jahren hatten das die Theater noch nicht so richtig erkannt, da war von Vermittlungs- oder Bildungsarbeit kaum die Rede. Mittlerweile gibt es kein Theater mehr, das sich nicht theaterpädagogisch engagiert, rausgeht in

die Stadt, in die Schulen, aber auch ran an die Lehrer. Wir haben 2014 in Dessau in über 400 Veranstaltungen 16 000 Kinder über die theaterpädagogischen Programme erreicht. Das sind schon enorme Zahlen, besonders in Städten, in denen es viele Probleme gibt, gerade im Hinblick auf Gewaltprävention, zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts.

**Matthias Brenner:** Wir hatten eine Weihnachtspremiere hier im Neuen Theater. Da sitzen die Kinder drin und begegnen als erstes einem Teufel und seinem Sohn, der geprüft wird. Und plötzlich halten die zu dem Kleinen. Die halten zu einem Teufel, die Fünfjährigen. Das ist so großartig, wie sie der ältesten Theaterfigur mit diesem Widerspruch begegnen und einen Exkurs darüber erfahren, was Ewigkeit heißt und was Eis heißt und was ein Splitter bedeutet im Herzen. Und dass die Umwelt erkalten kann, wenn man dem Teufel nicht begegnet ist, um dagegen anzutreten.

**Sehr häufig wird an der Kultur gespart. Ein Vorwurf lautet, sie rechne sich nicht.**

**André Bückner:** Kultur »rechnet« sich natürlich nie oder nur dann, wenn alle Kosten auf die Eintrittspreise umgelegt würden. Dann kostet eine Eintrittskarte 250 Euro, und dann können wir uns ja ausrechnen, wie viele Leute sich das leisten können. Das kann ja nicht die Kultur sein, die wir wollen. Öffentlich geförderte – und ich sage bewusst nicht subventionierte, sondern öffentlich geförderte – Kultur ist etwas, das im öffentlichen Interesse der Gemeinschaft ist. Diese Kultur muss eine möglichst niedrige Zugangsbeschränkung auch über die Preise haben. In London kommen Sie kostenlos in jedes Museum. Das finde ich fantastisch! Dort hat man erkannt, dass die Kultur wertvoll, ein Wert an sich ist.

**Matthias Brenner:** »L'art, c'est de l'argent« hat Michel Piccoli mal gesagt – Kunst ist Geld, Kunst kostet kein Geld, Kunst ist Geld. Das kannst du zum Fenster rauswerfen, es kommt in Manteltaschen wieder herein. Wenn ich mit Studenten auf dem Uni-Platz rede, weiß ich, dass die nicht alle ins Theater gehen, aber sie sind ganz wesentliche Transmitter. Dieser Uni-Platz ist eingeklammert von zwei Theaterhäusern – vom Opernhaus und von uns. Das ist ein unglaublich hohes Gut, weil es ein Thema ist. Das sind Bleibegründe in einer Region, Gründe, in einer Stadt, in einer Kommune miteinander leben zu wollen. Und da muss man aufpassen, dass man die Krankenhäuser nicht abwirt-

schafft, die Universitäten, die Kultureinrichtungen. Als letztes schließen dann die Kneipen. Das wissen die wenigsten. Und dann kann man sich nicht mal mehr kollektiv besaufen.

**Das Thema Flüchtlinge polarisiert im Moment wie kein anderes und verschafft der AfD gerade im Osten enormen Zulauf. Was ist zu tun?**

**André Bückner:** Wir müssen, um überhaupt zu irgendeiner Lösung kommen zu können, weg von dieser furchtbaren Angstkultur, die wir im Moment überall vorfinden. Mit Angst kann man nichts Konstruktives machen. Angst ist eine schlimme Waffe. Vor kurzem hieß es, man müsse Angst haben, auf den Weihnachtsmarkt zu gehen, weil sich dort eingesickerte Flüchtlinge als ISIS-Kämpfer enttarnen und in die Luft sprengen. Da wird ein Länderspiel abgesagt, und keiner weiß, warum. Man muss bei dem Flüchtlingsthema die Leute mit

geschürt. Das ist einfach Hass aus Bequemlichkeit.

**Matthias Brenner:** Genau deswegen sage ich ganz öffentlich: Ich bin an einem Politikwechsel in Sachsen-Anhalt interessiert. Nicht nur, weil ich hier Kultur- und Kunstschaffender bin, es hat bei mir auch eine instinktive Komponente, dass wir eine Riesenchance versäumen, wenn wir das konservieren, was da ist. Da gibt es nichts zu konservieren. Es ist nämlich nicht allzu viel da. Es ist ganz viel Kredit in Lebenslust verbraucht, und es ist ein hohes Gut, ein hohes Glück, dass man neben allem Hass, den man erleben muss, mit einer empathischen Ader ausgestattet ist. Und die kann man jetzt umsetzen. Das fällt vielen schwer, ich will sie nicht kleinreden, die Konflikte, die es in den Kommunen gibt. Aber einfach zuzumachen, dichtzumachen, zu sagen, wir bauen uns noch eine Armee um Europa, das ist der Tod, und das ist der gewählte Tod, das ist der



den Alternativen konfrontieren. Gregor Gysi hat in der Bundespressekonferenz die Frage gestellt: »Was wollen Sie machen, wollen Sie die Leute alle erschießen? Das ist die zentrale Frage, darauf fällt alles zurück. Auf die Frage, ob wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen wollen, die zu uns kommen, um sich zu retten. Diese Frage müssen wir für uns klären. Und wenn es in Deutschland tatsächlich eine Mehrheit dafür gibt, dass wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen, die vor Gewalt flüchten, dann wandere ich aus. Wer von uns erlebt denn schon eine Beeinträchtigung seines Lebens? Wer lebt denn jetzt schlechter, wo ein paar Hunderttausend Flüchtlinge da sind? Sind Lebensmittel rationiert, sind Autobahnen gesperrt worden? Wird man nicht mehr behandelt im Krankenhaus? Kriegt man sein Arbeitslosengeld nicht mehr? Nichts dergleichen! Dieses Land funktioniert. Und es würde auch mit noch mehr Menschen weiter funktionieren. Das ist doch gar nicht die Frage. Doch es wird mit Verlustängsten gespielt und Hass

bestellte Tod! Das sind Killer, die engagiert werden müssen, um andere Menschen abzudrängen, auch billigend den Tod anderer in Kauf zu nehmen. Und das bestellen wir per Scheckkarte. Wir haben überhaupt nicht so viel auf dem Konto, um das zu bestellen. Das geht einfach nicht. Und deshalb sage ich ganz klar, hier gehört ein Politikwechsel her.

Wenn die Bundesregierung nicht ernsthaft beginnt, die Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen, die Weltprobleme ernsthaft anzugehen, werden sie täglich verschärfter zu uns kommen, bis sie unbeherrschbar sind. Natürlich, Frau Bundeskanzlerin, können Sie das nicht allein. Das erwartet auch niemand. Aber was bereiden Sie eigentlich auf den G-7-, G-8- oder G-20-Gipfeln? Warum drängen Sie nicht darauf, wirksam gegen Krieg, Hunger, Not, Elend, Armut und Rassismus vorzugehen?  
**Gregor Gysi im Deutschen Bundestag**





### 13. März 2016 Wählen gehen – damit sich etwas verändert!

»Ich gehe nicht mehr wählen.«  
»Politiker sind doch alle gleich.«  
»Es ändert sich ja doch nichts.«

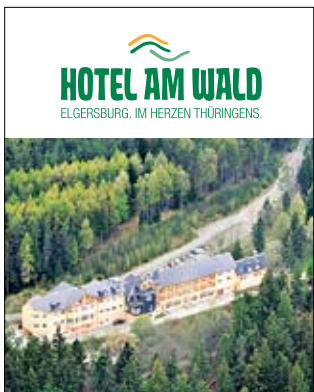
Leider höre ich das immer öfter. Aber ich will Ihnen dazu etwas sagen. Sie haben es in der Hand, ob sich etwas ändert. Wenn Sie nicht wählen gehen, werden es andere für Sie tun, die es vielleicht nicht allzu gut meinen. Oder die anderen bleiben auch zu Hause. Dann laufen Sie tatsächlich Gefahr, dass alles bleibt, wie es ist.

Politikerinnen und Politiker sind nicht alle gleich. Ich nenne Ihnen nur drei Beispiele, wo sich DIE LINKE deutlich von allen anderen Parteien unterscheidet:

- Sie hat noch nie einem Angriffskrieg zugestimmt, und sie wird das auch in Zukunft nicht tun.
- Sie kämpft für die Angleichung der Löhne und Renten im Osten an das Westniveau.
- Sie will, dass Bürgerinnen und Bürger mitbestimmen können und bundesweit Volksentscheide eingeführt werden.

Dafür steht wirklich nur DIE LINKE. Wenn Sie wollen, dass diese politischen Forderungen auch durchgesetzt werden, gehen Sie am 13. März 2016 wählen und geben Sie meiner Partei Ihre Stimmen.

*John George Gysi*



Schmücker Str. 20 · 98716 Elgersburg/Thr.  
www.hotel-am-wald.com  
https://www.facebook.com/hotelamwald  
**Telefon 03677 79800**

# Mehr Pädagoginnen und Pädagogen für gute Bildung

Die Landesregierung setzt jedes Jahr neu den Rotstift an. Sie nennt es »sparen«, angeblich, um der kommenden Generation einen ordentlichen Haushalt zu hinterlassen. Gut, könnte man meinen, würde sie nicht die Zukunft genau jener Generation wegsparen – und damit auch die Sachsen-Anhalts. Tausende Lehrerinnen- und Lehrstellen sind dieser Politik schon zum Opfer gefallen. Die Folge: Unterricht fällt aus, inzwischen fast überall im Land. Die Schülerinnen und Schüler Sachsen-Anhalts erreichten in den vergangenen Jahren in bundesweiten Vergleichen Spitzenleistungen. Es gab – neben anderen – einen wichtigen Grund dafür: ausreichend gute Lehrerinnen und Lehrer. Damit ist mittlerweile Schluss. Weder bildet das Land genügend Nachwuchs aus noch stellt es genügend neue Lehrkräfte in den Landesdienst ein.

Jedes Jahr stehen damit weniger Lehrkräfte vor den Klassen, jedes Jahr fällt mehr Unterricht aus. Das kann nicht so bleiben. Wir müssen kurzfristig etwas tun, um die größten Lücken zu schließen, und langfristig daran arbeiten, wieder eine gute Unterrichtsversorgung zu sichern. Kurzfristig heißt: Zum Schuljahr 2016/17 wollen wir mindestens 350 Lehrkräfte mehr einstellen, als es CDU und SPD planen. Auch unverständliche Hemmnisse für eine Bewerbung wol-



len wir abbauen: Alle Lehrkräfte, die wir in Sachsen-Anhalt ausbilden, und auch solche mit DDR-Lehrerausbildung wollen wir in unsere Schulen holen, wenn sie es wollen. Langfristig Vorsorge zu treffen bedeutet, die Kapazitäten an den Universitäten und in den staatlichen Seminaren schnellstmöglich dem tatsächlichen Bedarf anzupassen. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler wird in den kommenden Jahren stabil bleiben, im Moment steigt sie sogar etwas. Darum wollen wir einen weiteren Stellenabbau im Schuldienst verhindern und wieder mindestens an das Niveau heran, das wir 2013 hatten: 14 300 Stellen. Das wird nicht einfach, zu viel ist von CDU und SPD in den vergangenen Jahren falsch gemacht worden. Doch ohne einen Kurswechsel werden wir uns von guter Bildung in Sachsen-Anhalt immer weiter entfernen.



**Thomas Lippmann**, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt, Kandidat für DIE LINKE zur Landtagswahl 2016



**Matthias Höhn**, Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE, Kandidat für DIE LINKE zur Landtagswahl 2016

Spionin	Rosenöl	Hochebene	Anrede Sache (lat.)	engl. Artikel	babylon. Gott	Weltmeer	Laufvogel							
LINKE-Spitzenkandidat		1			Magdeburger Wahrzeichen		Turngerät							
griech. Buchstabe	10	Waldtier			Himmelsbläue	5								
feine Textilfaser							Stiftung in Dessau							
Drei (ital.)			3	2	7		dt. Alphabet							
			8	4	6	5	9	2						
Luftreifen	Schmelzüberzug		7	1	4									
			7		8		3							
		6		5	9	6	4							
arab. Staat	Landeshauptstadt	Schiff-fahrtskunde			3		1							
			8	7	6	3	5	2						
					5	9	1							
sagenh. Sonnenland	11	Cousine (veralt.)	12	Bruderschaft in Halle		Fahrt								
Ge-schmacks-verstärker						Papstname	Ruhe							
Wagen-schup-pen	4	einbal-samierter Körper		Fluss in Sachsen-Anhalt	Lotterieschein		Wind-richtung	früher						
					dt. Re-formator									
Salomoneninsel				Honigwein	Zwerg der Sage		Tierkadaver	nord. Gottheit						
		röm. Liebesgott		7		Wolle (lat.)		14						
längl. Vertiefung					Verordnung			9						
Alter (engl.)		engl. Schulstadt						3						
								13						
								10						
								11						
								12						
								13						
								14						
<b>Lösungswort</b>	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt. Adressdaten werden nicht gespeichert oder weiterverwendet.

## Preisrätsel

Zu gewinnen:



■ eine Reise nach Brüssel mit Besuch des Europäischen Parlaments



■ eine Reise nach Berlin mit Besuch des Deutschen Bundestages



■ ein Wochenende zu zweit im Hotel »Am Wald« in Elgersburg (Thüringen)

Lösung bitte bis zum 20. März 2016 einsenden an: DIE LINKE, Sachsen-Anhalt Ebendorfer Straße 3 39108 Magdeburg oder per E-Mail an: kontakt@dielinke-lsa.de

**Impressum:** Wahlzeitung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016, Auflage: 90 000 Redaktionsschluss: 6. Januar 2016 Herausgeberin: DIE LINKE, Sachsen-Anhalt www.dielinke-sachsen-anhalt.de V.i.S.d.P.: Tatjana Behrend Die Nutzungsrechte nicht gekennzeichnete Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE. Layout und Satz: DiG / TRIALON Druck: Berliner Zeitungsdruck